

Amtliche Aufklärung des Schweizervolkes

Die PR-Arbeit des Delegierten für technische Zusammenarbeit, 1961-1971

Von Thomas Gees

1968 erhielt Professor Gerhard Schmidtchen von sechs entwicklungspolitisch motivierten Institutionen (darunter auch der Dienst für technische Zusammenarbeit) den Auftrag, die Einstellung der Schweizer zur Entwicklungshilfe zu untersuchen. Unter dem Titel «Schweizer Entwicklungshilfe - Innenansichten der Aussenpolitik» veröffentlichte er die Ergebnisse seiner Repräsentativumfrage, wobei er zum Schluss kam: «Zwar sind die Politiker aller Länder und Konfessionen davon überzeugt, dass wir ohne Entwicklungshilfe kein sinnvolles Weltsystem bekommen und damit die Zukunftschancen der entwickelten Völker selbst gefährden, aber die Bürger eben dieser Länder machen nicht mit.» Die Entwicklungshilfe decke eine Problematik der Geberländer auf, der Widerstand gegen die Entwicklungshilfe deute auf Schwierigkeiten im Kommunikationssystem hin¹. Die Ernüchterung unter den Promotoren der schweizerischen Entwicklungshilfe am Ende der ersten Entwicklungsdekade war gross. Die Abteilung Public Relations im Dienst für technische Zusammenarbeit (DftZ) erblickte im Schmidtchen-Bericht die willkommene Gelegenheit, die Intensivierung ihrer Aufklärungsarbeit neu zu begründen. Eine aktive Einstellung der Schweizer zur Entwicklungshilfe sei nur durch vermehrte und bessere Information zu erreichen, folgerten die PR-Verantwortlichen².

Der vorliegende Aufsatz über die PR-Arbeit im DftZ umfasst zeitlich die sechziger Jahre. Die Eckdaten bilden die Etablierung des DftZ, wo schon im Oktober 1961 die Stelle eines PR-Verantwortlichen geschaffen wurde, und das Erscheinen des Schmidtchen-Berichts im Jahre 1971. Die Frage stellt sich, wie der DftZ in dieser Phase die eben erst angelaufene Entwicklungshilfe in der Öffentlichkeit zu legitimieren versuchte. Neben der Konzeption, beziehungsweise den immer wiederkehrenden Argumentationslinien der PR-

1 Gerhard Schmidtchen: Schweizer und Entwicklungshilfe. Innenansichten der Aussenpolitik, Bern, Stuttgart 1971, S. 107.

2 Abteilung Public Relations im DftZ, Folgerungen aus dem Bericht Schmidtchen für die Informationsarbeit, 30.8.1971, BAR E 2005 (A) 1983/18, Bd 63.

Abteilung, sollen auch die eingesetzten Mittel im Lichte der zunehmenden Kritik an der «Verstaatlichung der Entwicklungshilfe» dargestellt werden.

Ein paar «lapidare Grundsätze»: Konzepte und Argumentationen

Anfang 1961 griff der erste Delegierte für technische Zusammenarbeit, Hans Keller, die Idee auf, in Rahmen des Dienstes eine Gruppe zu bilden, die sich ausschliesslich mit der Information des Publikums und der Presse zu befassen habe. Die Leitung sollte an einen «erfahrenen Publizisten und Public Relations Man» übertragen werden, der nicht nur über eine journalistische Ausbildung verfügen, «sondern auch in Gebieten wie Television, Radio und sogar der Beeinflussung des Publikums» Erfahrung haben musste³. Der Dienst, so Keller, müsse über die technische Hilfe, die das «ganze Schweizervolk» interessiere, ständig orientieren können. Ein Blick ins Pflichtenheft des ersten PR-Verantwortlichen, Rudolf Frei, lässt grob die Instrumente erkennen, von denen sich der Delegierte eine Beeinflussung des Publikums bzw. eine positive Einstellung der Bevölkerung zur eidgenössischen Entwicklungshilfe erhoffte. Der Aufgabenbereich umfasste unter anderem die Pflege der Beziehungen zur Presse (Bundeshausjournalisten und Zeitungsredaktionen), das Verfassen eigener Artikel (Mitarbeit an der Zeitschrift «mondo»), die Vorbereitung der Landesausstellung 1964 in Lausanne (Arbeitsausschuss «Entwicklungshilfe»), die Vorbereitung eines Films, Vortragstätigkeit sowie das Verfassen von Berichten zuhanden der Verwaltung und Parlamentarier⁴. Ein eigentliches PR-Konzept ist hinter diesem Pflichtenheft freilich noch nicht auszumachen, handelt es sich doch nur um die üblichen Tätigkeiten, wie sie alle Informationsdienste innerhalb der Bundesverwaltung kennen. Später folgten zusätzliche Bereiche: die Herausgabe der Zeitschrift «TZ-Information», das Verfassen von Prospekten, die regelmässige Präsenz an grossen Messen sowie die Organisation von Journalistenreisen in die Projektgebiete der Dritten Welt⁵. Nach Hinweisen auf enger definierte Zielgruppen oder ein bevorzugtes Medium sucht man vergeblich. Eine explizit formulierte Konzeption der Aufklärungsarbeit existiert in den sechziger Jahren also nicht. Sie kann nur indirekt aus den Informationsaktivitäten erschlossen werden.

3 DftZ, Notiz an Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten, 11.1.1961, BAR E 2003 (A) 1976/44 Bd 20.

4 Zusammenstellung der Pflichtenhefte, 12.6.1962. BAR E 2003 (A) 1976/44 Bd 22.

5 Pflichtenheft, 22.10.1968, BAR E 2005 (A) 1978/137 Bd 24.

Mit welcher Botschaft aber sollte die Gunst der Schweizerinnen und Schweizer für die staatliche Entwicklungshilfe gewonnen werden? In seiner Funktion als Präsident der Ausstellungsgruppe «Entwicklungshilfe» musste sich Rudolf Frei im Vorfeld der Expo 1964 in Lausanne mit derselben Frage befassen. In der Zeitschrift «mondo» stellte er das Konzept, mit dem sich der DftZ vor den Expobesuchern darstellen wollte, gleich selber vor: «Das Ausstellungsprogramm ist denn auch ganz auf Wirkung ausgerichtet: Das einzige Darstellungsmittel ist ein Film von 10 Minuten Dauer, unterstützt durch einen gesprochenen Kommentar. Film und Kommentar lassen ein paar lapidare Grundsätze der Entwicklungshilfe aufscheinen: Es geht nicht um Hingabe von Geld oder von Nahrungsmitteln. Ziel ist, die Bevölkerung mit Hilfe unserer Kenntnisse und Erfahrungen in den Stand zu setzen, die Entfaltung ihrer eigenen Kräfte zu beschleunigen.» Die Ausstellung sollte vier Antworten auf die elementare Frage «Warum Entwicklungshilfe?» geben. Sie lauteten: «Weil wir für die Völker der Entwicklungsgebiete eine Verantwortung haben (menschlicher Aspekt), weil uns als Christen die Not der Mitmenschen zum Handeln aufruft (christliches Motiv), weil der wirtschaftliche Fortschritt der Entwicklungsländer auch uns zugute kommt (wirtschaftliches Motiv), weil durch die Entwicklungshilfe unsere internationale Solidarität sichtbar wird (politisches Motiv).»⁶ Immer wieder wurde die Bevölkerung auf den «gegenseitigen Nutzen» verwiesen, der aus der Entwicklungshilfe resultiere. Im Begleitprospekt des DftZ zur Expo heisst es: «Entwicklungshilfe muss zwar vom Verstand geleitet werden, sollte jedoch vom Herzen kommen. Dergestalt wird sie für beide Seiten, die nehmende und die gebende, von Nutzen sein.»⁷

Das für die Expo entworfene Argumentationsmuster behielt für die ganze hier untersuchte Periode Gültigkeit, auch wenn es innerhalb des DftZ nicht unumstritten war. August R. Lindt, der 1963 neuer Delegierter wurde, machte gegenüber dem PR-Beauftragten Frei verschiedene Anregungen bezüglich der Sprachregelung. Lindt schlug vor, «von Zusammenarbeit und weniger von Entwicklungshilfe» zu sprechen, das «caritative Moment in den Hintergrund» treten zu lassen und auf die «Tatsache der Schicksalsgemeinschaft» hinzuweisen. Frei wies die Vorschläge zurück. Entwicklungshilfe sei der richtige Ausdruck, «nicht zuletzt deshalb, weil der Bevölkerung und damit den Besuchern der Expo dieser Begriff verständlicher» sei. Vom Terminus internationale Schicksalsgemeinschaft wollte Frei nichts wissen, weil er

6 Rudolf Frei: Entwicklungshilfe und Expo 1964, in: «mondo», Schweizerische Zeitschrift für Entwicklungsfragen, Zürich, Februar 1964.

7 DftZ, zwei Prospekte in: Schweizer. Landesausstellung 1964, Informationsblätter, Bd 1.

Entwicklungshilfe als nationale Aufgabe verstand. «Mit unserer (staatlichen) Entwicklungshilfe wollen wir - über die näher liegenden Interessen hinaus - letztlich dazu beitragen (und dürfen es nicht sagen), dass die Welt nicht noch mehr kommunistisch wird.»⁸ Die PR-Verantwortlichen sahen in der Entwicklungshilfe ein Instrument gegen die Ausbreitung kommunistisch regierter Staaten in der Dritten Welt, wollten dieses Argument aber, wahrscheinlich aus neutralitätspolitischen Gründen, nicht ins Überzeugungsrepertoire aufnehmen.

Der DftZ als Reiseveranstalter: Die Mittel und Medien

Während der erste Delegierte im DftZ Ende 1961 noch eine wahre Flut von Artikeln, Büchern und Zeitschriften zum Thema Entwicklungshilfe über sich hereinbrechen sah, nahm das Interesse der Massenmedien an den staatlichen und privaten Projekten bis Mitte der sechziger Jahre rasch ab. Die PR-Leute mussten nun aktiv ins Mediengeschehen eingreifen, damit die Öffentlichkeit über die Aktivitäten des DftZ laufend informiert blieb. Es sollen hier nur die Stossrichtungen verdeutlicht sowie die wichtigsten Einsatzmittel des Informationsdienstes exemplarisch dargestellt werden.

Der Herausgeber von «mondo» (die einzige Schweizer Zeitschrift für Entwicklungsfragen), Walter Renschler, musste Ende 1964 nach vier Jahren seine publizistische Tätigkeit aus finanziellen Gründen aufgeben. Die Abonnentenzahl blieb unter den Erwartungen des späteren Zürcher SP-Nationalrates. Renschler wurde zwar vom DftZ ermuntert, eine Eingabe um Bundeshilfe in der Höhe von 14'000 Franken zu machen. PR-Chef Frei unterstützte in einem Schreiben an den Departementsvorsteher, Bundesrat Friedrich Traugott Wahlen, Renschlers Vorschlag lebhaft. «Es (das Publikationsorgan 'mondo', der Verf.) könnte den Kontakt mit der Öffentlichkeit weniger in quantitativer als vielmehr in qualitativer Hinsicht - Diskussion zur Bildung der massgebenden Meinung - sicherstellen.» Wahlen aber hielt eine direkte Subvention von «mondo» für einen «gefährlichen Präzedenzfall»⁹.

Die Lücke, die «mondo» hinterliess, versuchte der DftZ vier Jahre später selber zu schliessen. Er veröffentlichte 1968 «Information TZ», ein Organ, das sich ursprünglich an Presse, Radio und Fernsehen richtete, später aber breiter gestreut wurde. Es wurde im Oktober 1970 von der Zeitschrift «Entwicklung/Développement» abgelöst, die gemeinsam von der Handelsabteilung des

8 Frei an Lindt, 20.5.1963, BAR E 2003 (A) 1976/44 Bd 14.

Volkswirtschaftsdepartements und dem DftZ (ab 1975 Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, DEH) bis heute herausgegeben wird. Im Vorwort der ersten Nummer hiess es optimistisch: «Dann soll 'Entwicklung/Développement' als Informationsbulletin die schweizerische Entwicklungshilfepolitik in allen ihren Aspekten widerspiegeln. Dies erschien besonders zu Beginn des Zweiten Jahrzehnts wichtig, das heisst in dem Augenblick, da Geberländer und Empfängerationen endlich eine zusammenhängende Entwicklungsstrategie aufgestellt haben.»¹⁰

1968 beantragte der Informationsdienst 30'000 Franken für Journalistenreisen. Dabei handelte es sich um eine Kompromisslösung zwischen der Vereinigung der Bundeshausjournalisten und dem DftZ. 1965 war eine gemeinsame Pressereise nach Tunesien unter der Führung des DftZ aus finanziellen Gründen geplatzt. Ziel des DftZ blieb aber, Bundeshausjournalisten vor Ort in die Projektgebiete zu entsenden. Aus Kostengründen führte der DftZ schliesslich individuelle Auslandsreisen durch. Der DftZ übernahm dabei Reisespesen, Unterkunft, Verpflegung, teilweise ein Taschengeld, aber keine Tagesentschädigung der einzelnen Journalisten¹¹. Zwischen 1968 und 1971 finanzierte der DftZ auf diese Weise 17 akkreditierten Bundeshausjournalisten die Reise nach Peru, Indien, Tunesien, Madagaskar, Rwanda, Nepal und der Türkei¹².

Die ausführliche «Hofberichterstattung» der erwähnten Bundeshausjournalisten war der Projektarbeit gegenüber durchwegs positiv eingestellt. Die von den PR-Verantwortlichen intendierte Wirkung solcher Recherchen muss dennoch relativiert werden. Beatrix Mühlethaler hat in ihrer Untersuchung über das Bild der Dritten Welt in der Schweizer Presse gezeigt, dass solche Beiträge in der Presse eine Art Sonderexistenz führten, da sie meist ohne Bezug zu einer aktuellen Agenturmeldung publiziert wurden. «Was es braucht, sind nicht lange Sonderberichte, sondern eine kontinuierliche in kurze Berichte gefasste Darstellung der Entwicklungsprojekte.»¹³ Bedenklich an diesen staatlich honorierten Reiseveranstaltungen des DftZ scheint auch der Um-

9 Besprechung zwischen Renschler und DftZ am 16.2.1962, Aktennotiz, 22.2.1962, BAR E 2003 (A) 1976/44 Bd 4.

10 Entwicklung=Développement, Nr. 1, 1970.

11 Aktennotiz, Studienreisen von akkreditierten Bundeshausjournalisten, 10.11.1966. BAR E 2005 (A) 1978/137 Bd 25.

12 Liste von Bundeshausjournalisten, BAR E 2005 (A) 1983/18 Bd 65.

13 Beatrix Mühlethaler: Die Dritte Welt im Spiegel der Schweizer Presse, Freiburg i.Ue. 1976, S. 136f., 144.

stand, dass die meisten Berichte exklusiv für nur eine Zeitung mit oft geringer Leserschaft verfasst wurden.

1967 präsentierte sich der DftZ erstmals mit Ständen an der OLMA in St. Gallen. Nach eigener Einschätzung konnte mit dieser Aktion eine «ausgesprochene Breitenwirkung»¹⁴ erzielt werden, so dass der DftZ in den folgenden Jahren regelmässig an den grossen Messen teilnahm (Comptoir in Lausanne, MUBA in Basel und OLMA). Die Anregung, Ausstellungen über Entwicklungshilfe zu organisieren, kam ursprünglich aus der Werbeabteilung des Warenhauses Globus. Lindt persönlich eröffnete am 21. Oktober 1965 im Globus Basel eine Ausstellung mit dem provokativen Titel «Verschenkt die Schweiz Geld?» Gleich neben den Ausstellungswänden wurden afrikanische Kunstgegenstände verkauft, die den Besuchern die Möglichkeit gaben, «sich mit dem beachtlichen kulturell-folkloristischen Standard afrikanischer Völker vertraut zu machen», wie der Basler «Doppelstab» festhielt. So reichten sich die Interessen von DftZ und Warenhaus die Hände.

Mit den elektronischen Medien bekundete der DftZ mehr Mühe. Er wollte nur Filme über bundeseigene oder vom Bund finanzierte bilaterale Projekte in der Öffentlichkeit zeigen. Die finanziellen Restriktionen erlaubten in dieser Hinsicht nur einen geringen Handlungsspielraum, die Resultate blieben eher marginal.

Werbung in eigener Sache: Der DftZ hilft dem 4. Rahmenkredit nach

«Public Relations» (PR) heisst «öffentliche Beziehungen». Konkret ist darunter - wie oben gezeigt wurde - die «Beeinflussung des Publikums» oder die «Bildung der massgebenden Meinung» zu verstehen. Auf die öffentliche Verwaltung bezogen kann unter PR allgemein die Einflussnahme im Meinungsbildungsprozess gemeint sein, mit dem Ziel, das Klima für die Durchführung eines Gesetzes zu verbessern. Im Rückblick kann nur festgestellt werden, dass innerhalb des DftZ die Bedeutung der Public Relations für den jungen Politiksprössling Entwicklungshilfe nie umstritten war. Im Juni 1962 regte der erste PR-Verantwortliche, Rudolf Frei, eine personelle Aufstockung des Informationsdienstes auf vier Leute an: Je eine Arbeitskraft für den Presседienst und für PR ohne Presse, dazu zwei Personen für die Dokumentation¹⁵. «Unsere Dokumentation ist völlig lahmgelegt», konstatierte der Se-

14 Aktennotiz für Informationschef Rial, 29.11.1967, BAR E 2005(A) 1980/82 Bd 58.

15 Frei, Notiz an DftZ, 19.6.1962, BAR E 2003 (A) 1976/44 Bd 20.

ekretariatschef Erich Messmer schon im Februar 1962 gegenüber der Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten im Finanzdepartement¹⁶. Es bedurfte dann allerdings der Kündigung des ersten PR-Verantwortlichen, bis nach kurzer Vakanz des Postens die Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten dem Drängen des DftZ nachgab und für November 1962 eine zusätzliche Stelle bewilligte. Gleichzeitig wurden ein Sachbearbeiter und eine Sekretärin für die Dokumentation angestellt¹⁷. Dass der PR-Posten für kurze Zeit vakant blieb, darf nicht zur Annahme verleiten, die Bedeutung der Informationsarbeit im DftZ sei nicht als dringlich erachtet worden. Ausschlaggebend waren vielmehr der ausgetrocknete Arbeitsmarkt und die relativ tiefe Besoldungseinstufung gegenüber Anstellungen mit vergleichbaren Qualifikationen in der Privatwirtschaft¹⁸. Personell wurde der Informationsdienst später nicht mehr ergänzt. Das mag damit zusammenhängen, dass im Gegensatz zu den privaten Hilfswerken die Krise der Entwicklungshilfe den Bund viel später und nur auf dem indirekten Weg über das Parlament erreichte. Gerade deshalb galt die Informationsarbeit des DftZ auch immer wieder der Beeinflussung des Parlamentes, das über die Bewilligung der Rahmenkredite die bundesrätliche Politik mitzuverantworten hatte.

Als 1961 der DftZ etabliert wurde, herrschte noch politischer Konsens. In den Jahren 1960/61 finden sich keine kritischen Stimmen in der Öffentlichkeit oder im Parlament, die sich gegen ein entwicklungspolitisches Engagement des Bundesrates ausgesprochen hätten¹⁹. Von Beginn weg aber diktierte der Bundesrat die Richtung der Entwicklungshilfe, indem er auch das Parlament zu steuern wusste. Er regte im Juni 1960 sieben Parlamentarier an, koordiniert Vorstösse zur Entwicklungshilfe einzureichen²⁰. Für den Bundesrat war damit der Weg frei, dem Parlament den ersten Rahmenkredit im Mai 1961 vorzulegen. Auch der zweite Rahmenkredit von 1964 passierte das Parlament recht gut, auch wenn einige Parlamentarier den aufgeblähten bürokratischen Apparat oder den angeblich zu hohen Anteil an multilateraler Hilfe bemängelten²¹. Problematisch wurde es für den Bundesrat erst Mitte der sechziger Jahre, als in der Öffentlichkeit Zweifel am Sinn der Entwick-

16 Messmer, Notiz an Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten, 26.2.1962. BAR E 2003 (A) 1976/44 Bd 20.

17 DftZ-Organisationsschema, 22.3.1963, BAR E 2003 (A) 1976/44 Bd 20.

18 Sämtliche verwaltungsexterne Bewerber wurden als unqualifiziert abgewiesen.

19 Dieter von Schrötter: Schweizerische Entwicklungspolitik in der direkten Demokratie, München 1981, S. 46ff.

20 Vgl. den Aufsatz von Manuel Küffer in diesem Band.

21 Schrötter (wie Anm. 19), S. 50.

lungshilfe geäussert wurden. Die bescheidenen Erfolge der Entwicklungshilfe der frühen sechziger Jahre wirkten auf Volk und Parlament ernüchternd. Die Dankbarkeit der Drittweltländer gegenüber den Donatoren aus dem reichen Norden blieb aus, worauf die Öffentlichkeit verständnislos und teilweise beleidigt reagierte²². Der Delegierte Lindt sprach 1966 von einer ernüchterten schweizerischen Öffentlichkeit. «Viele Nachrichten aus Entwicklungsländern wirken entmutigend; Begehrlichkeiten wurden geweckt; und sind nicht die Erfolge der so lautstark gepriesenen Entwicklungshilfe spärlich geblieben?» fragte Lindt rhetorisch²³.

Nach fünf Jahren DftZ war der Spielraum enger geworden. Die PR-Beamten im DftZ mussten jetzt nicht mehr so sehr die Notwendigkeit der staatlichen Entwicklungshilfe betonen. Vielmehr mussten sie nun den Beweis erbringen, dass eben diese Hilfe bereits positive Resultate in den Entwicklungsländern zeitigte, zumal der Bundesrat vom Parlament immer höhere Rahmenkredite forderte. Im Umfeld dieser Problematik ist ein Antrag von 1965 aus der PR-Abteilung zu verstehen, in dem Geld für eine Filmproduktion über die landwirtschaftliche Versuchsstation Kerala (Indien) gefordert wird: «Vor der nächsten Debatte über einen neuen Rahmenkredit müssen dem Parlament und dem Volk Resultate gezeigt werden können, und zwar nicht nur in Berichten, sondern auch im Bild.»²⁴ Da das Aktionsfeld des DftZ direkt vom Umfang der periodisch vom Parlament zu bewilligenden Rahmenkredite abhing, liegt es auf der Hand, dass die Informationstätigkeit des DftZ auf möglichst hohe Rahmenkredite abzielte und deshalb eine zentrale Funktion innerhalb des Dienstes ausübte. In den Worten des dritten PR-Chefs im DftZ, Dieter Chenaux-Repond, hiess dies: «Bei uns geht es namentlich darum, die öffentliche Meinung rechtzeitig und nachhaltig aufzuklären und damit eine Stimmung zu schaffen, die einer noch vermehrten zukünftigen Entwicklungshilfe günstig ist.»²⁵ Doch viel mehr lag nicht mehr drin. Der dritte Rahmenkredit von 1967, für den Lindt eigentlich 120 Mio. Franken gefordert hatte, wurde vom Bundesrat auf 100 Mio. gekürzt und so vom Parlament genehmigt. Der Nationalrat sah mit 113 zu 16 Stimmen davon ab, den Kredit dem fakultativen Referendum zu unterstellen.

Im Vorfeld der Debatte über den 4. Rahmenkredit zeichnete sich klar ab, dass das Parlament nicht mehr geschlossen das Tempo der bundesrätlichen Ent-

22 Vgl. die Beiträge von Caroline Bühler und Susanne Buri in diesem Band.

23 Lindt, Mitteilung, Feb. 1966, BAR E 2005 (A) 1978/137 Bd 28.

24 Antrag Dieter Chenaux-Repond (Kerala-Film), 4.6.1965, BAR E 2005 (A) 1978/137 Bd 27.

25 Info-Chef Chenaux-Repond, Aktennotiz, 28.1.1965, BAR E 2005 (A) 1978/137 Bd 28.

wicklungspolitik billigte. Vorab bürgerliche Parlamentarier zogen die Bremsen an und drohten offen mit den Volksrechten²⁶. In dieser schwierigen Situation erhielt der Bundesrat 1969 offene Unterstützung von den sich neu in einer Arbeitsgemeinschaft koordinierenden Hilfswerken Brot für Brüder, Fastenopfer und Swissaid, die im Hinblick auf den 180-Mio.-Kredit im Winter 1969/70 eine breit angelegte, gut vorbereitete Informationskampagne lancierten. Am 18. Juni 1969 stellte die Arbeitsgemeinschaft dem neuen Delegierten, Sigismond Marcuard, den Antrag, diese Kampagne mit 150'000 Franken zu unterstützen (Gesamtbudget: 450'000)²⁷. PR-Chef Fred Jacques Rial zeigte sich begeistert, die gemeinsame Kampagne privater Organisationen zu subventionieren. Durch den engen Kontakt mit der Bevölkerung, so Rial, und durch den privaten Charakter der Aufklärungsarbeit seien die privaten Hilfswerke sogar besser geeignet als eine staatliche Stelle, solche Aufklärungskampagnen durchzuführen. Es bestehe ausserdem für den DfZ kein Grund zur Annahme, dass die Arbeitsgemeinschaft die Entwicklungshilfepolitik des Bundes in ihrer Kampagne kritisieren würde. «Im übrigen wird es sich trotz Bundesbeitrag um eine Kampagne handeln, für die die Verantwortung nach aussen einzig bei der Arbeitsgemeinschaft liegt.»²⁸ Der DfZ bewilligte den Kredit nach längerem hin und her am 27. Januar 1969. Aus der Schlussabrechnung geht hervor, dass er die verschiedenen Aktionen der Arbeitsgemeinschaft immerhin mit gut 130'000 Franken unterstützte²⁹.

Auch wenn die Kampagne der drei Hilfswerke zeitlich auf die parlamentarische Debatte über den 4. Rahmenkredit im Herbst/Winter 1969 ausgerichtet war, liegt die Bedeutung dieser ersten gemeinsamen Informationsaktion aus heutiger Sicht weit über einem kurzfristig angelegten Propagandafeldzug. Sie bildete den Auftakt zu einer dauerhaften Zusammenarbeit zwischen Brot für Brüder, Fastenopfer und Swissaid. Aufgrund der von den beteiligten Organisationen als positiv bewerteten Informationskampagne entschieden sich die drei Partner für eine permanente Zusammenarbeit in einer Aktionsgemeinschaft, die mit der Schaffung einer Geschäftsstelle bei der Swissaid (ehemals Schweizerische Auslandhilfe SAH) in Bern am 10. Juni 1970 vertraglich geregelt wurde. Der Bereich der Information wurde ein Jahr später mit dem

26 Schrötter (wie Anm. 19), S. 51f., 53f.

27 Arbeitsgemeinschaft an DfZ, 18.6.1969. BAR E 2005 (A) 1983/18 Bd 63.

28 Rial, Kreditantrag zur Unterstützung der Kampagne der Arbeitsgemeinschaft, 3.9.1969, BAR E 2005 (A) 1983/18 Bd 63.

29 Schlussbericht Kampagne 1969/70, BAR E 2005 (A) 1983/18 Bd 63.

Aufbau des Informationsdienstes Dritte Welt (i3w) unter der Mitwirkung von «Helvetas» instutionalisiert³⁰.

Die Informationskampagne in Form von Grossplakaten und ganzseitigen Zeitungsinseraten, die das Parlament motivieren sollte, löste beim Freisinnigen Berner Nationalrat Otto Fischer Befremden aus. In einer Kleinen Anfrage an den Bundesrat wollte er wissen, «ob und wenn ja in welchem Umfang diese Organisationen Bundesbeiträge erhalten und ob Gewähr dafür besteht, dass daraus keine Mittel für diese eigenartige Inseratenaktion Verwendung finden» würden. In der Antwort wies der Vorsteher des EPD, Bundesrat Willy Spühler, darauf hin, dass es sich um eine private Initiative handle, «deren Motive höchst ehrenhaft» seien. Weiter erklärte Spühler, dass der jährliche Beitrag von 120'000 Franken an die Verwaltungskosten von «Swissaid» nicht ausreiche, «so dass diese für ihre Beteiligung an der gemeinsamen Aufklärungskampagne auf andere Mittel greifen» müsse³¹. Mit dieser Antwort wich der Bundesrat der Frage geschickt aus, bzw. beantwortete er die Frage des Nationalrates unvollständig.

In der Debatte über den 4. Rahmenkredit erklärte Nationalrat Fischer, dass er zwar nicht gegen die Vorlage stimmen werde. Er bemerkete jedoch: «Wir müssen den heutigen Entscheid in Kenntnis der Tatsache fällen, dass er gegen die Mehrheit des Volkes gefasst wird.» Bundesrat Spühler stellte in der Debatte fest, dass die Entwicklungshilfe im Parlament «kaum mehr bestritten, wohl aber immer noch umstritten» sei. Es sei ermutigend, dass in den vergangenen Monaten in weiten Schichten der Bevölkerung das Verständnis für die Probleme in der Welt stark zugenommen habe. Spühler führte dieses Verständnis «nicht zuletzt auf den Einsatz vieler, speziell kirchlicher Kreise» zurück, denen er Dank und Anerkennung aussprach³². Der Bundesrat bedankte sich damit bei der Arbeitsgemeinschaft für eine Dienstleistung, die ohne den beträchtlichen Anteil an Staatsgeldern in diesem Umfang nicht hätte durchgeführt werden können. Spühler verschwieg dem Parlament, dass der Arbeitsgemeinschaft via DftZ Bundesgelder zur Finanzierung der «Aufklärungskampagne» zugesichert worden waren.

30 Ausführlich Hildegard Hungerbühler: Zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke und des Informationsdienstes Dritte Welt (i3w) (1968-1971), Seminararbeit am Historischen Institut der Univ. Bern 1992 (Manuskript).

31 Kleine Anfrage Fischer-Bern, 8.10.1969; Antwort des Bundesrates, 1.12.1969, Archiv der Bundesversammlung (im Sten. Bull. nicht publiziert).

32 Sten. Bull. NR 1969, S. 941f., 943f.

Schlussbetrachtung

Mit der eingangs erwähnten Studie über die Einstellung der Schweizer zur Entwicklungshilfe bestätigte Schmidchen die Vermutung, dass die schweizerische Öffentlichkeit der Entwicklungshilfe zunehmend kritisch bis ablehnend gegenüberstand. Er beobachtete ein Auseinanderklaffen zwischen der Einsicht in die Notwendigkeit der Entwicklungshilfe (80 Prozent Befürworter) und der tatsächlichen Bereitschaft, mehr Mittel dafür bereitzustellen (34 Prozent Befürworter). Schmidchen meinte abschliessend, entscheidend für das Verständnis der Entwicklungshilfe sei ein ausgeprägt aussenpolitisches Interesse, das massgeblich über einen langen Bildungsweg gefördert werde³³. Diese Aussage fand ihren Niederschlag in den «Folgerungen aus dem Bericht Schmidchen für die Informationsarbeit» des DfZ. Darin wurde für eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Schulen plädiert, indem etwa den Lehrenden Unterrichtsunterlagen zur Verfügung zu stellen seien, um «den Schülern anhand entwicklungspolitischer Probleme die Augen für Weltprobleme zu öffnen»³⁴. Eine ähnliche Stossrichtung verfolgte auch das Programm des Informationsdienstes für das Jahr 1971: «Der DfZ legt 1971 das Schwergewicht seiner Informationstätigkeit auf die Aufklärung der Jugend über Entwicklungsprobleme.»³⁵ Damit schimmert erstmals eine Art Konzept mit Schwerpunkten und definierten Zielgruppen der PR-Arbeit durch. Die in der Öffentlichkeit und im Parlament am Ausbau der Entwicklungshilfe geäusserte Kritik, die im Schmidchen-Bericht ebenfalls zum Ausdruck kam, ebnete den Weg zu einer umfassenderen Informationskonzeption. Mit den Berichten der vom Bund bezahlten Journalisten, den Ausstellungen, der landesweiten Vortragstätigkeit oder den Projektfilmen focht der Informationsdienst des DfZ zwar einen verzweifelten Kampf gegen die wachsende Lethargie in der schweizerischen Bevölkerung, erreichte aber letztlich vor allem diejenigen Kreise, welche ohnehin schon Interesse an der Entwicklungshilfe bekundeten und damit potentiell zu den Befürwortern der staatlichen Entwicklungshilfe gehörten.

Die vermittelte Information bestand aus der Darstellung sogenannt erfolgreicher Projekte. Diese Erfolgsmeldungen, mit denen in der Öffentlichkeit und im Parlament die Ausweitung der Ausgaben für Entwicklungshilfe hätte legitimiert werden sollen, wurden aber je länger je mehr von negativen Nachrichten aus der Dritten Welt überschattet (politische Unruhen, Bürgerkriege,

33 Schmidchen (wie Anm. 1), S. 109, 112.

34 Folgerungen aus dem Bericht Schmidchen (wie Anm. 2).

35 Programm 1971 des Informations- und Dokumentationsdienstes des DfZ, 20.3.1971, BAR E 2005 (A) 1983/18, Bd 63.

Diktaturen etc.). Mühlethaler vertritt die These, die Zurückhaltung gegenüber der Entwicklungszusammenarbeit sei eine Folge des mangelnden Verständnisses der Bevölkerung der reichen Nationen für die Probleme der Dritten Welt³⁶. Im Rahmen der hier untersuchten Quellen kann zumindest der Schluss gezogen werden, dass zur «Aufklärung» der Bevölkerung in den sechziger Jahren der DftZ die generelle Nord-Süd-Problematik nicht zu thematisieren versuchte. Vielmehr stellte er auf althergebrachte Muster (Nächstenliebe und humanitäre Hilfe) sowie auf das Bild der «gegenseitigen Nutzniessung» ab. Die eigenständigen PR-Aktivitäten waren nie von besonderer Durchschlagskraft und litten während der gesamten Periode an Konzeptionslosigkeit. Die eigentliche PR-Arbeit, das Einschalten in die Meinungsbildung, überliess der DftZ elegant der Initiative privater Organisationen, indem er deren Bemühungen grosszügig in Form von Unterstützungsbeiträgen honorierte, wie das Beispiel der Informationskampagne der Arbeitsgemeinschaft zwischen Brot für Brüder, Fastenopfer und Swissaid illustriert.

36 Mühlethaler (wie Anm. 13), S. 18.

Amtliche Aufklärung des Schweizervolkes. Die PR-Arbeit des Delegierten für technische Zusammenarbeit, 1961-1971

In	Studien und Quellen
Dans	Etudes et Sources
In	Studi e Fonti
Jahr	1993
Année	
Anno	
Band	19
Volume	
Volume	
Autor	Gees, Thomas
Auteur	
Autore	
Seite	537-648
Page	
Pagina	
Ref. No	80 000 162

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.